„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.

Der Bezugspreis für die an jedem Mittwoch erscheinende Ausgabe von 8 bis 24 Seiten beträgt jährlich $3.00 bei Vorausbezahlung. Versandpreis nach dem Auslande $4.00.

Man schreibe an den „Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., oder komme persönlich in unsere Geschäftsräume und Druckerei: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen

Anzeigen haben den größten Erfolg. Nachweislich 18,304 Leser.

Anzeigentaxen auf Verlangen mitgeteilt.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"The Courier"
IS THE LEADING CANADIAN PAPER IN THE GERMAN LANGUAGE.

Subscription price for the regular issue of from 8 to 24 pages, appearing every Wednesday, $3.00 yearly in advance only.

Address: "The Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., or call at our offices and printing plant, 1835—1837 Halifax St., Regina, Sask.

"Ads" are always successful, as "The Courier" is by far the best medium to reach the many thousands of prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.

German-speaking farmers are progressive and possess an enormous buying power. You want this trade? Advertise in "The Courier". Sworn Circulation 18,304 paying Subscribers. Advertising rates on application.

13. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 21. Juli 1920 | 12 Seiten | Nummer 37

Die Spa-Konferenz

Deutsche Vertreter fügen sich auch inbezug auf Kohlenfrage
Müssen 2,000,000 Tonnen monatlich liefern
Alliierte drohten abermals mit Besetzung von deutschem Gebiet

Spa, Belgien, 18. Juli. — **Die Deutschen haben auch in der zweiten Hauptfrage und zwar in der, der Lieferung von Kohle an die Alliierten nachgegeben. Sie müssen nach dem Uebereinkommen, das nunmehr unterzeichnet worden ist, monatlich 2,000,000 Tonnen liefern.** Hiermit ist eine der wichtigsten Fragen erledigt, mit der sich die Konferenz zu befassen hatte. (Anm. d. Red. Inwieweit es den Deutschen möglich sein wird, diesen hier übernommenen Verpflichtungen nachzukommen, wird die Zukunft lehren. Allgemein, hauptsächlich in der deutschen Presse, wird die Befürchtung ausgesprochen, daß das Nachgeben der deutschen Minister in dieser Frage, schließlich zu einem Bürgerkrieg in Deutschland führen muß. Man glaubt nicht, daß die übernommene Verpflichtung erfüllt werden kann und geschieht dies nicht, dann steht eine Besetzung des für Deutschlands Existenz durchaus notwendigen Ruhrbeckens von Seiten der Alliierten bevor.)

In die von Deutschland zu leistende Entschädigung teilen sich die Alliierten wie folgt: Frankreich erhält 52 Prozent, Großbritannien 22 Prozent, Italien 10 Prozent, Belgien 8 Prozent und Japan und Portugal je 3/4 Prozent. In die verbleibenden 6 Prozent teilen sich die Serben und Polen: Belgien wird ferner ein Vorzugsrecht auf die Zahlung von Seiten Deutschlands in Höhe von 2,500,000,000 Mark eingeräumt, mit welcher Summe Belgien Darlehen abzuzahlen gedenkt, die ihm von den Alliierten während des Krieges vorgestreckt worden sind.

Die Verhandlungen.

Spa, Belgien. — Die Konferenz zwischen den Alliierten und den Deutschen bewegte sich in glätterer Bahnen, nachdem Kanzler Fehrenbach wegen der Bemerkungen des Herrn Stinnes, des deutschen Kohlenbetriebsleiters, welcher die Alliierten beleidigt hatte, um Entschuldigung gebeten. Dr. Fehrenbach erklärte, daß wenn er gewußt, daß Herr Stinnes in einem solchen Ton sprechen würde, er ihn nicht als einen der Fachleute akzeptiert haben würde.

Premier Millerand hielt in seiner Erwiderung darauf eine höchst versöhnliche Rede. Die Deutschen überraschten und befriedigten die Alliierten, als sie bekannt gaben, sie würden morgen einen Plan betreffs Entschädigung unterbreiten. Premier Millerand sagte gleich beim Anfang:

„Kein Mensch, der das nördlich Frankreich besucht hat, wird behaupten, die französischen Gruben seien nur aus militärischer Notwendigkeit zerstört worden."

Sich dann an Dr. Simons wendend, fügte er hinzu: „Wenn Sie gesprochen hätten, so würden Sie keine Anschuldigung gegen die Truppen von Frankreich erhoben haben."

Premier Millerand erklärte, daß die Alliierten nicht die Absicht hätten, mit Kohlen versorgt zu werden, ehe die deutschen Bedürfnisse befriedigt worden seien.

„Die Alliierten beabsichtigen, Deutschland liberal zu behandeln und wenn Deutschland nachweisen kann, daß Modifizierungen notwendig sind, so werden Fachleute Vorschläge vor die Konferenz bringen," fuhr der Premier fort. „Die Alliierten denken nicht daran, Deutschland zu züchtigen. Sie sind der Meinung, daß Deutschland ein notwendiges und nützliches Mitglied der europäischen Familie ist und sind entschlossen, bei seiner Wiederherstellung mitzuhelfen, vorausgesetzt, Deutschland ist gleicherweise entschlossen, seine Vertragsverpflichtungen zu erfüllen. Die Spa-Konferenz beweist, daß die Alliierten den Frieden wollen und keine Reibung."

Zum Schluß sprach M. Millerand die Hoffnung aus, daß die gegenwärtige deutsche Regierung in der Macht bleiben werde.

„Dies ist eine feierliche Konferenz, wenn solche Worte gewechselt werden können," sagte Dr. Simons in Erwiderung. „Ich freue mich, daß sie von M. Millerand gesprochen worden sind. Ich danke ihm für seine Hoffnung, daß diese Regierung am Ruder bleibe, aber ich befürchte, daß sie nicht lange währen wird, der gestern übernommenen Verpflichtungen wegen. Die Regierung wird indessen nicht davor zurückschrekken, sie auszuführen."

Indem er seinen Dreierplan der Entschädigung auseinandersetzte, erklärte Dr. Simons: „Keine Schlichtung, welche den Alliierten in der nahen Zukunft Resultate liefern soll, kann ohne ausführliche Besprechung der deutschen Lage erzielt werden."

Der Plan enthält drei Hauptzüge: Erstens bestimmte Jahreszahlungen zweitens eine festgesetzte Gesamtsumme und drittens ein Arrangement, gemäß welchem die Gläubiger Deutschlands an der Verbesserung von Deutschlands Gedeihen teilnehmen können.

„Unter dem Vertrag", brachte Dr. Simons vor, „muß Deutschland in Geld oder Geldeswert bezahlen. Ich glaube, daß es zuerst notwendig werden wird, in Geldeswert zu zahlen. Deutschland ist auf die Forderung der Alliierten um wirkliche Garantien zur Erfüllung irgend eines Arrangements das mit seiner Souveränität verträglich ist, gefaßt."

Nachdem der deutsche Minister erklärt hatte, daß Arrangements getroffen worden seien, für die verwüsteten Gebiete Material zu liefern, sagte er:

„Dies System kann nur dann wirksam durchgeführt werden, wenn die Alliierten mithelfen. Daher schlage ich vor, daß eine Kommission ernannt werde, die beste Methode für eine solche Zusammenarbeit zu studieren. Deutschland ist wirklich gewillt, seine Verpflichtungen auszuführen, so, weit es dies kann un den Weg zu ebnen, um die vom Krieg geschaffenen Leidenschaften zu beschäftigen."

Der deutsche Plan.

Der deutsche Entschädigungsplan hat drei Teile. Er ist der Konferenz mit der Voraussetzung unterbreitet worden, daß er als ein Ganzes angenommen werden muß. Der Plan folgt:

Teil 1, Sektion 1:

Die deutsche Regierung ist der Ansicht, daß der Zweck der gegenwärtigen Unterhandlungen der ist, eine endgiltige Beilegung ihrer gesamten Verpflichtungen betreffs Entschädigung zu erzielen.

Sektion 2:

Da die deutsche Regierung weiß, daß sie unter dem Vertrag verpflichtet ist, am 1. Mai 1921 120,000,000 Goldmark zu zahlen, so erklärt sie, daß sie nicht nur diese Summe, sondern eine noch viel höhere, ihren Kontos gemäß, bezahlt hat.

Sektion 3 bringt vor, daß die Zukunft in Erwägung gezogen, die deutsche Regierung nicht imstande sein würde, ihren Verpflichtungen nachzukommen, außer das deutsche Budget kann im Gleichgewicht gehalten werden.

Sektion 4 sieht vor, daß der Grad der deutschen Zahlungsfähigkeit erfordert, daß Deutschland die nötigen Lebensmittel, Futter, Dünger und anderes Rohmaterial erhalte.

Sektion 5 nennt die Grundsätze, auf denen die deutsche Regierung erachtet, daß ihre Zahlungen reguliert werden sollten — a) durch Jahreszahlungen, b) durch Jahreszahlungen, die auf dreißig Jahre begrenzt sein sollten.

Die Plenarsitzung begann um halb sechs Uhr abends und Lord Curzon vertrat Großbritannien, anstatt Premier Lloyd George, der wegen einer Erkältung am sein Zimmer gefesselt war. Die Konferenz nahm die Kohlenfrage auf, da die Fachleute zu keiner Einigung gekommen waren.

Kanzler Fehrenbach, Dr. Simons, Herr Stinnes und andere hatten vorher über den Gegenstand beraten. Dr. Simons bemerkte, daß Kohle der Zentralpunkt im ganzen Wirtschaftsleben Deutschlands sei.

„Die Lösung der Kohlenfrage durch die Fachleute", sagte er, „wird ihre Rückwirkung auf die verschiedenen Pläne für Entschädigung haben, die die deutsche Delegation ausgearbeitet hat, welche vorausgesetzt hatte, daß eine Einigung, welche die wirtschaftlichen Zustände, die in Deutschland als wesentlich erachtet werden, erzielt werden könnte. Die Pläne können heute abend nicht, wie erwartet wurde, unterbreitet werden."

Premier Millerand sprach seine Ueberraschung aus, daß die Mitteilung des deutschen Planes, wie gestern angekündigt, in Frage gezogen und der Lösung der Kohlenfrage durch die Fachleute untergeordnet werden sollte.

Dr. Simon erwiderte, daß die deutsche Delegation Pläne ausgearbeitet habe, die im ganzen studiert werden müßten, um verstanden zu werden.

Die deutsche Delegation zog sich zurück, um die Angelegenheit in Wiedererwägung zu ziehen und bei der Wiederaufnahme der Sitzung erklärte der deutsche Auslandsminister, da, indem der endgiltige Beschluß betreffs Kohlen nicht vor morgen gefaßt werden könne, die deutsche Deelgation beschlossen habe, die Pläne, wie sie ausgearbeitet worden seien, zu unterbreiten, aber fügte hinzu, daß die Spa-Konferenz die Ersetzung einer offenen Besprechung seitens der alliierten und deutschen Delegaten zum Zweck anstatt einseitige Entscheidungen über verschiedene Fragen habe.

„Die Kohlenfrage ist eine Frage von Leben und Tod für die Deutschen", sagte Dr. Simons, und bleibt die Grundlage aller anderen Pläne.

Premier Millerand erwiderte, daß eine Modifizierung des Vertrages von Versailles außer Frage sei und daß er durchgeführt werden müsse.

Dr. Simons überreichte daraufhin den Entschädigungsplan dem Sekretär der Konferenz.

Das „Kohlenultimatum."

Spa, Belgien. — Die deutsche Abordnung hat eine neue Okkupationsdrohung der Alliierten unter Erwägung, diesmal im Zusammenhang mit Kohlenlieferungen. Premier Lloyd George eröffnete dem deutschen Minister des Auswärtigen Simons am folgenden Tage, daß der geringste Betrag, welchen die Entente annehmen kann, zwei Millionen Tonnen Kohle monatlich seien. Er forderte die deutsche Abordnung auf, ihre Antwort an demselben Tage noch zu unterbreiten.

Nach dem Ultimatum werden die Alliierten im Falle einer Weigerung von Deutschland Maßnahmen zur Erzwingung der Bedingungen des Versailler Vertrags treffen. Die Verhandlungen mit den Deutschen wurden, somit abermals gespannt. Bisher verhütete die persönliche Stimmung beider Seiten einen Bruch, die Alliierten hielten indessen dieses Ultimatum

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Deutschland siegt bei Abstimmung in Preußen

In Westpreußen 96,899 Stimmen für Deutschland, 7,977 für Polen. — In Ostpreußen 353,655 für Deutschland, 7,405 Stimmen für Polen

London. — Es ist amtlich bekannt gegeben worden, daß das Ergebnis der Abstimmung in Ost- und Westpreußen überwältigende deutsche Mehrheiten ergeben hat.

Die Wahlergebnisse sind folgende: Westpreußen, 96,899 Stimmen für Deutschland und 7,977 für Polen.

Ostpreußen, mit 63 kleinen Wahlbezirken ausstehend, 353,655 Stimmen für Deutschland und 7,405 für Polen.

* * *

Die in obiger Depesche erwähnte Abstimmung fand gemäß der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags statt, um die künftige Grenzlinien zwischen Posen und Ost- und Westpreußen festzustellen. Die Pariser Depesche besagt, daß der Botschafterrat das Datum für diese Volksabstimmungen festgesetzt habe, daß derselbe jedoch gleichzeitig beschlossen habe, denselben nicht bekannt zu geben, bis nicht alle Maßnahmen zur Organisierung einer Kontrolle der Abstimmung ausgearbeitet seien. Seither ist keine weitere Ankündigung, das Datum der Abstimmung betreffend, gemacht worden.

Das geringe Votum der Polen wird vom polnischen Auswärtigen Amt den von den Deutschen geübten Unterdrükkungsmethoden zugeschrieben.

Die Polen erhoben am 10. Juli formellen Protest bei der alliierten Kommission und hatten schon vorher Verschiebung der Abstimmung gefordert. Die Polen behaupten unter Anderem, die Deutschen hätten die Wählerlisten gefälscht. Auch sei in Allenstein eine beständige deutsche Propaganda getrieben und es den Polen verwehrt worden, der Bevölkerung die Argumente zu Gunsten Polens zu unterbreiten.

In seinem Protest sagt Polen, daß der Ausfall der Abstimmung nicht anerkannt werden sollte, insofern dieselbe in Widerspruch zu dem Geiste des Friedensvertrags von Versailles erzielt worden sei.

Neues Kabinett der Dominialregierung gebildet

Ottawa, Ont. — Das neue Kabinett der Dominialregierung ist, wie offiziell bekannt gegeben worden ist, nunmehr gebildet und setzt sich wie folgt zusammen:

Hon. Arthur Meighen, Premierminister und Staatssekretär für äußere Angelegenheiten;

Hon. J. A. Calder, Präsident des Ministerrates und Minister für Einwanderung und Kolonisation;

Sir Geo. Foster, Minister für Handel und Gewerbe.

Sir James Lougheed, Minister des Innern und Superintendent der Angelegenheiten der Indianer;

Sir Henry Dreighton, Finanzminister;

Hon. Hugh Guthrie, Minister für das Militärwesen;

Hon. A. L. Sifton, Staatssekretär;

Hon. Dr. Reid, Minister für Eisenbahnen und Kanäle.

Senator Robertson, Minister für das Arbeitswesen;

Hon. C. C. Ballantyne, Minister für Marine und Fischereien und des Marinewesens;

Hon. F. B. McCurdy, Minister für Oeffentliche Arbeiten;

Hon. C. J. Doherty, Justizminister;

Sir Edward Kemp, Minister ohne Portefeuille;

Senator Blondin, Generalpostmeister;

Dr. S. F. Tolmie, Landwirtschaftsminister;

Hon. R. W. Wigmore, Minister für das Zollwesen und Inlandeinnahmen;

E. M. Spinney, Minister ohne Portefeuille.

Abgesehen von einigen Abänderungen, die in den Besetzungen der Ministerposten vorgenommen worden sind, und abgesehen von drei neuen Ministern, der Herren Spinney, McCurdy und Wigmore, ist das Kabinett dasselbe und setzt sich aus denselben Mitgliedern zusammen, wie es unter der Führung von Sir Robert Borden bestanden hat.

Prinz Joachim von Preußen begeht Selbstmord

Jüngster Sohn des Ex-Kaisers erschießt sich und stirbt im Hospital

Berlin, 18. Juli. — Prinz Joachim von Hohenzollern, der jüngste Sohn des früheren deutschen Kaisers hat heute in Potsdam Selbstmord durch Erschießen verübt.

Es wird angenommen, daß Prinz Joachim sich in finanziellen Schwierigkeiten befunden hat. Erst kürzlich wurde seine Ehe mit der Prinzessin Maria Augustine von Anhalt geschieden, mit der er sich im Jahre 1916 vermählte, zu einer Zeit, als die Prinzessin 17 Jahre alt war.

Soweit aus vorliegenden Berichten zu ersehen ist, erschoß sich Prinz Joachim am Samstag in seiner Wohnung, der Villa Lignitz, zu Potsdam. Er wurde sofort nach dem St. Josephs Hospital verbracht, wo er einige Stunden später verschied. Prinz Joachim soll in der letzten Zeit eine große Niedergeschlagenheit an den Tag gelegt haben.

Das einzige Mitglied der früheren kaiserlichen Familie, das sich jetzt noch in Potsdam aufhält, ist Prinz Eitel Friedrich, der zweitälteste Sohn von Kaiser Wilhelm.

Prinz Joachim wurde am 17. Dezember, 1890 in Berlin geboren. Er beteiligte sich während des großen Krieges an den Kämpfen an der West- und Ostfront. Während des ersten Kriegsjahres wurde er an der französischen Front verwundet. Nach seiner Wiedergenesung wurde er nach der Ostfront versetzt, wo er wiederholt mit knapper Not einer Gefangennahme entging.

Stadt Los Angeles von heftigem Erdbeben erschüttert

Los Angeles, Cal. — Am Freitag vergangener Woche wurden Los Angeles und die benachbarten Ortschaften von vier, heftigen Erdbeben erschüttert, durch die an mehreren Gebäuden Schaden angerichtet wurde. Die Erdstöße waren im Umkreise von mehr als 30 Meilen zu verspüren. Der erste Erdstoß ereignete sich um 10 Uhr morgens und der zweite und dritte in kurzer Aufeinanderfolge um 1.27 Uhr resp. 1.29 Uhr nachmittags. Durch den am Morgen erfolgten Erdstoß, wurde der Mörtel von den Wänden in den Häusern losgelöst. Vier Personen erlitten leichtere Verletzungen, und eine große Anzahl Einwohner der Stadt flohen in Panik auf die Straßen.

Minsk von den Bolschewiki eingenommen

Fall von Wilna steht bevor. Alliierte drohen zu intervenieren

London. — Minsk ist von den bolschewistischen Streitkräften genommen worden, wie eine amtliche Bekanntgabe aus Moskau meldet, die besagt, daß die Besetzung der Städt am Morgen des 11. Juli erfolgte.

Die Mitteilung kündigt auch die Einnahme der Stadt Svensklaby, 95 Meilen südlich von Dvinsk und 50 Meilen südlich von Wilna, an.

Die Erklärung fährt fort:

„In der Richtung auf Uschitsa eroberten wir einen Teil der Bahnstrecke von der Station Gukhevitsch bis zur Station Babrovka. Im Raume von Rovno besetzte unsere auf der feindlichen Verfolgung begriffene Kavallerie das Dorf Olyka. In der Richtung auf Tarnopol besetzten wir die Bahnstation Charan-Ostroff (50 Meilen östlich von Tarnopol), wobei wir einen gepanzerten Zug erbeuteten."

Minsk ist die Hauptstadt des russischen Gouvernements gleichen Namens und liegt an einem Nebenflusse der Bekesina, 350 Meilen nordöstlich von Warschau. Seit einiger Zeit liefen die russischen Linien vom Norden und Süden in der Richtung auf Minsk zusammen und die Lage der Stadt wurde daher als ernst bezeichnet. Der Fall von Minsk scheint vorauszudeuten, daß Wilna, das sich ungefähr 110 Meilen nach dem Nordwesten zu befindet, in unmittelbarer Gefahr ist, von den Bolschewiki genommen zu werden.

London. — Ehe die Polen Bobruisk ungefähr 100 Meilen südöstlich von Minsk, räumten, zerstörten sie die Stadt, so besagt eine drahtlose Depesche aus Moskau.

Frieden zwischen Litauen und Rußen

London. — Laut einer drahtlosen Depesche aus Moskau hat Litauen Frieden mit Soviet-Rußland in Moskau abgeschlossen.

Litauens Unabhängigkeit wird dem Vertrage anerkannt. Die Sovie Regierung verspricht ferner, an Litauen 3,000,000 Rubel in Gold zu zahlen. Auch sind Vorkehrungen zu treffen für einen Vertrag, welcher den Durchgangshandel zwischen den beiden Ländern regelt.

Der am 12. Juli unterzeichnete Friedensvertrag bestimmt die Grenzlinie zwischen Rußland und Litauen. Diese Linie beginnt am Zusammenfluß der Gorodnanoa und des Bobr, läuft kann südlich von Grodno und zwischen den Stationen Kuznitsa und Sokolka, darauf südlich von Lika weiter zwischen Suvoronya und Wiloika; der letzter Ort bleibt russisch, während Oschmyany bei Litauen bleibt. Die Grenze endet an der westlichen Düna zwischen Kreslawka und Pridrijsk.

Rekrutierungen oder Truppensammlungen, welche die Grenze bedrohen, sind unter dem Vertrag verboten. Persönliches Eigentum der Litauer, welches während des Krieges fortgeschafft wurde, wird zurückgegeben werden.

Litauen erhält ferner das Recht zum Holzfällen auf einem seinem Gebiet nächstliegenden Gelände von 400,000 Acker, und diese Berechtigung erstreckt sich auf einen Zeitraum von zwanzig Jahren.

Kopenhagen. — Der kürzlich vereinbarte Friedensvertrag zwischen Litauen und Soviet-Rußland gibt den russischen Truppen Erlaubnis, auf dem Wege durch Litauen in Polen einzurücken.

Polen zur Räumung Litauens gezwungen.

Der militärische Spezialkorrespondent der „Berlungske Tidende" in Kowno berichtet, daß der militärische Druck der Bolschewiki-Streitkräfte und der moralische Druck der vorrückenden litauischen Armee die Polen zur Räumung von litauischem Boden bereitwillig macht.

Die Zustände in Wilna werden als hoffnungslos gemeldet. Die Polen, ohne Nahrungsmittel und von Panik erfaßt, sollen eine Freiwilligenmannschaft organisieren, welche nach dem Abzug der regulären Truppen die Stadt besetzen werden. Der Korrespondent sagt, diese Maßnahme dürfte zu Kämpfen mit den Litauern führen.

Bolschewiki rücken weiter vor.

London. — Weitere Vorstöße der Bolschewiki in ihrem Feldzuge gegen die Polen werden in der amtlichen Mitteilung von Dienstag gemeldet. Die Mitteilung besagt:

„In der Richtung auf Kovel haben wir den Fluß Garyn 20 Meilen südwestlich von Sarny überschritten und entwickeln unseren Vormarsch. Bilder Kampf dauert zu unseren Gunsten an.

„In der Richtung auf Lida haben wir die Ortschaften von Prudy und Polotchany und Ushatochka besetzt.

In der Richtung auf Baranovitchi haben wir den Feind aus seiner Stellung auf Fluß Svisiotch getrieben und Mikhanovitchi und Stazonos besetzt.

„Unser Vormarsch entwickelt sich entlang der ganzen Front erfolgreich."

Polen weichen an Südfront immer weiter.

Warschau. — Eine überwältigende Zahl von Bolschewiki sind an der südlichen Front gegen die polnische Linke geworfen worden, welche sich allmählich nach Süden zurückzieht.

(Fortsetzung auf Seite 8.)

Russische Zarenfamilie bei lebendigem Leibe verbrannt

Paris, 19. Juli. — Nach heute veröffentlichten Angaben, die Alexis Dolrovski, vormals Kourier der Kaiserin, zugeschrieben werden, wurden die russische Kaiserin und ihre Kinder nach der Hinrichtung von Kaiser Nikolaus in Ekaterinburg lebendig verbrannt. Dobrovitz erklärt vergebliche Versuche gemacht zur haben, um seine Herrin und ihre Kinder zu retten.

Tatiana, die zweitälteste Tochter des Zaren, soll dreimal aus dem brennenden Reisighaufen zurückgelaufen sein, als sie von einem Bayonettsich durchbohrt niedersank. Die Zarin selbst und der Thronfolger Alexis, sollen, sich gegenseitig umschlungen haltend, sozusagen automatisch in die Glut gewandert sein. Eine aufsteigende Rauchwolke habe die Beiden den Blicken der Umstehenden entzogen. Die ganze Familie des Zaren soll mittelst Bayonetts in das Flammenmeer getrieben worden sein.

Zwanzig Fahrzeuge im Sturm gekentert

Buenos Aires. — In einem plötzlichen Gewittersturm, der den Hafen von Mar del Plata, 230 Meilen südöstlich von hier, heimsuchte, sind 20 Fischerfahrzeuge verloren gegangen und man befürchtet, daß von den Mannschaften 24 das Leben einbüßten.

Eine bemerkenswerte Begleiterscheinung des Sturmes war das Versagen des elektrischen Stromes in dieser Stadt. Durch den Sturm, der den La Plata hinunterfegte, fiel der Wasserstand dermaßen, daß die elektrischen Kraftanlagen nicht Wasser genug hatten, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Die Stadt sah sich in Dunkelheit gehüllt und der Straßenverkehr mußte eingestellt werden.

Aufruhr in Triest

Triest. — Anti-slawische Demonstrationen entfesselten in Triest ungezügelten Vandalismus. Drei Personen wurden getötet und Dutzende verwundet. Zahlreiche Gebäude wurden demoliert und in Brand gesetzt. Der angerichtete Eigentumsschaden wird auf mehr als $1,000,000 geschätzt.

Aller liegende und bewegliche Besitz, von dem man annahm, daß er Jugo-Slawen gehöre, wurde rücksichtslos zerstört.

Präsident von Bolivia des Landes verwiesen

Washington. — Jose G. Guerra, Bolivias gestürzter Präsident und eine Anzahl seiner Minister und Beamten sind, wie dem Staatsdepartement aus La Paz berichtet wurde, von dem neuen Regime deportiert worden.

Der amerikanische Konsul und die Mitglieder der amerikanischen Handelskommission begleiteten Guerra, aus welchem Grunde, ist in dem Kabelgramm nicht gesagt, wahrscheinlich aber um ihn vor feindlichen Angriffen zu bewahren.

Der abgesetzte Präsident und seine Unglücksgefährten wurden, gemäß der Depesche, nach Arica, einem chilenischen Hafen, abgeschoben, um dort auf Schiffsgelegenheit zu warten. Bis seine Deportation verfügt worden war, genoß Guerra Asylrecht in der amerikanischen Gesandtschaft.

Letzte Nachrichten

Niagara fordert ein weiteres Opfer

Niagara Falls, Ont. — Am Samstag abend sprang eine unbekannte Person in selbstmörderischer Absicht von einem Pfeiler der Brücke an der amerikanischen Seite in den Niagara Fluß. Es wurde sofort ein Ruderboot reduktiert zum den Selbstmörder zu retten. Der Versuch mußte jedoch aufgegeben werden, als der im Wasser treibende vom Strom erfaßt mit rasender Schnelle dem Fall zugeführt wurde.

Dorf von Flammen bedroht

St. John, N.B. — Das Dorf Upper Gagtown, am St. John Flusse, befindet sich in Gefahr, von einem Forstbrand, der für die letzten zwei Tage in dieser Gegend wütet, vernichtet zu werden. Der Waldbestand ist bereits auf einer Strecke von fünf Meilen zerstört und als die letzte Rachficht von der Ortschaft einlief, hatten die Flammen die Ortschaft bis auf eine Entfernung von dreiviertel Meilen erreicht. Alle zur Verfügung stehenden Mannschaften sind herangezogen worden, die Flammen zu bekämpfen.

Beim Kentern eines Bootes ums Leben gekommen

Nelson, B. C. — Im Kootenay Flusse, 6 Meilen von Nelson entfernt, sind D. J. Kurtz, von der Nelson Trämway Co. und sein 12 Jahre alter Sohn Donald infolge des Kenterns ihres Bootes ertrunken. Es verlautet, daß das Boot in einen Wasserstrudel geriet aus dem es nicht wieder herauszubekommen war.

Zwei Personen getötet, als Aeroplan aus Höhe von 3,550 Fuß herabfiel

Tulsa, Okla. — Ein aus zwei Personen bemannter Aeroplan, auf dem ein Flügel abbrach, stürzte aus einer Höhe von 3,550 Fuß ab, und begrub die Insassen unter sich. Beide Personen kamen ums Leben. Einer der Umgekommenen ist der angenommene Sohn von Frau Schumann-Heinz, der bekannten Sängerin deutscher Abstimmung.

Weizenkontrolle der diesjährigen Ernte aufgehoben

Verkauf von Weizen kann wieder in normaler Weise vor sich gehen.

Ottawa, Ont. — Der Kabinettsrat der Dominialregierung hat eine Verfügung erlassen, nach der die im letzten Jahre bestandene Weizenkontrolle für die diesjährige Ernte beseitigt wird.

Mehrere Sachkundige sind der Ansicht, daß infolge dieser Verfügung eine große Anzahl Farmer in die unglückliche Lage versetzt werden, ihr Getreide zu einer Zeit auf den Markt zu bringen, zu der die Preise am niedrigsten sind. Die Preise sind nämlich dann am niedrigsten, wenn die neue Ernte eingeheimst und das Dreschen allgemein wird. Dies ist gerade die Zeit, zu der die Farmer am meisten zu zahlen haben, und zu der sie wohl oder übel den Weizen verkaufen müssen um Noten für Maschinerien oder sonstige Schulden decken zu können. Sie können in den meisten Fällen den Weizen nicht bis zum Frühjahr halten.

Hierauf ist denn auch zurückzuführen, daß sich Mitglieder des „Canadian Council of Agriculture" unzufrieden über den von der Regierung vorgenommenen Schritt, der Aufhebung der Kontrolle über die diesjährige Weizenernte, ausgesprochen haben. Der Rat, in Sitzung versammelt, hat einen Beschluß gefaßt, die Regierung zu ersuchen, die Weizenbehörde noch weiter in Kraft zu belassen.

Neue Verfügung der Weizenbehörde

Winnipeg, Man. — Die Canadische Weizenbehörde hat eine neue Verfügung erlassen, die am Freitag vergangener Woche in Kraft getreten ist. Nach dieser müssen alle Lizenzinhaber, mit der Ausnahme von solchen, die eine Mühlenlizenz besitzen, der Behörde einen als richtig beschworenen Bericht darüber einsenden, eine wie große Menge Weizen sie am 31. Juli, 12 Uhr nachts, noch auf Lager haben. In der Verfügung ist weiter vorgesehen, daß die Lizenzinhaber allen von der Behörde von ihnen gekauften Weizen bis zum 15. August in den Terminaleleveatoren zu Fort William oder Port Arthur abliefern müssen. Nachdem zufriedenstellende Dokumente über die Ablieferung beigebracht worden sind, wird die Behörde einen Preis in bar für den Weizen zahlen, der durch andere Verfügungen der Behörde bestimmt ist.